

Beschluß zur Klimakonferenz Kioto

In Kioto nachholen, was in Berlin versäumt wurde: Verbindliche Ziele für den Klimaschutz

Das Weltklima ist in Gefahr. Führende Wissenschaftler des "International Panel on Climate Change" (IPCC) stellten im Frühjahr 1996 fest: Es ist nachweisbar auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen, daß die Temperaturen global ansteigen. Energieverschwendung, schrankenlose Mobilität und eine zunehmend industrialisierte Landwirtschaft vor allem in den Industrieländern tragen zur Zunahme von Treibhausgasen in der Atmosphäre bei. Damit erhöht sich die Gefahr von Fluten und Überschwemmungen, Wirbelstürmen, Dürren sowie die Ausbreitung von Krankheiten und Schädlingen.

Im Frühjahr 1995 trafen sich die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention zum ersten Klimagipfel in Berlin. Der Gipfel wurde zum Mißerfolg, bei dem lediglich ein Mandat für zwei weitere Jahre internationaler Verhandlungen über ein verbindliches Klimaschutzabkommen ("Protokoll") angenommen wurde. Daher muß jetzt beim dritten Klimagipfel im Dezember 1997 in Kioto, Japan ein verbindliches Abkommen verabschiedet werden, das den Treibhausgas-Ausstoß der Industriestaaten beschränkt.

Sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Union bekennen sich verbal zum Klimaschutz und versuchen, sich auf den internationalen Verhandlungen ein Vorreiter-Image zu geben. Ein Blick auf die Fakten zeigt jedoch das weitgehende Versagen nationaler und europäischer Klimapolitik: Das Ziel, ihre Emissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren, wird die EU voraussichtlich um rund 4 Prozent verfehlen. Deutschland hat nur aufgrund der "wall-fall profits" des Zusammenbruchs der DDR-Industrie eine Reduktion von 12% erreicht.

Bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik werden jedoch die CO₂-Emissionen trotz Festhalten an der Atomkraft wie schon im Jahr 1996 weiter ansteigen. Das Nicht-Erreichen der selbstgesteckten Ziele untergräbt die Glaubwürdigkeit Deutschlands und der EU in den internationalen Verhandlungen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher nicht nur die konsequente Umsetzung von den existierenden Zielen der Klimapolitik, sondern auch darüber hinausgehende Maßnahmen und die Integration des Klimaschutzes als Leitbild in andere Politikbereiche. Besonders in den Sektoren Gebäude, Energieversorgung, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft, in denen der Hauptanteil von Treibhausgasen produziert wird, halten wir die folgenden Maßnahmen für notwendig:

Wärmeschutz: Haushalte tragen ein Viertel zu Deutschlands CO₂-Emissionen bei, wovon der größte Teil auf die Heizung entfällt. Um die erheblichen Reduktionspotentiale von 80-90% auszuschöpfen, müssen Anreize zum Energiesparen durch eine Energiesteuer gegeben werden. Die Verbrauchsstandards für Neubauten müssen

auf Niedrigenergie-Niveau reduziert und schrittweise auf den Altbaubestand übertragen werden. Forschungs- und Markteinführungsprogramme für Passiv- und Nullenergiehäuser müssen auf europäischer und nationaler Ebene vorangetrieben werden.

Energieversorgung: Die EU-Richtlinie zur Liberalisierung des Strommarktes eröffnet neue Möglichkeiten, die Energieversorgung stärker am Ziel der Umwelt- und Ressourcenschonung auszurichten. Bei der deutschen Energierechtsnovelle müssen diese genutzt und insbesondere kommunale Programme zur Integrierten Ressourcenplanung und zur Energieeinsparung auf Verbraucherseite gefördert werden. Die Subventionierung fossiler Energieträger muß beendet werden. Auf europäischer Ebene müssen Energiesteuern angehoben und die Sonderregelungen für energieintensive Unternehmen gestrichen werden.

Erneuerbare Energien: Bei einer "business-as-usual-Politik" wird der Anteil erneuerbarer Energien an der Primärenergieerzeugung in Deutschland von heute 1,2% auf lediglich 3,6% im Jahr 2020 ansteigen. Ziel muß es sein, im Jahr 2010 mindestens 10% des deutschen und 20% des EU-weiten Primärenergieverbrauches durch erneuerbare Energieträger bereitzustellen. Dazu müssen die Vorrangsregelungen für erneuerbare Energien aus der EU-Binnenmarktsrichtlinie konsequent umgesetzt werden. Das bewährte Instrumentarium des Stromeinspeisungsgesetzes muß erhalten bleiben und um eine entsprechende EU-weite Richtlinie ergänzt werden. Die kostendeckende Vergütung für Windenergie und Photovoltaik muß erreicht werden. Auch die gewaltigen Potentiale der Solarthermie und der Biomasse sind zügig zu erschließen.

Verkehr: Derzeit steigt die Nachfrage nach Verkehrsdienstleistungen, der Motorisierungsgrad und die Nutzung von Luftverkehr und Straße nimmt zu. Der emissionsarme Personen- und Gütertransport durch den öffentlichen Nahverkehr, auf Schienen und dem Wasserweg nimmt hingegen ab. Um diesem klimaschädlichen Trend entgegenzuwirken, sollten die EU-Verbrauchssteuern auf Erdöl und Dieselkraftstoffe erhöht und während der nächsten Jahrzehnte sukzessive um 7% real pro Jahr gesteigert werden. Auch Flugzeugkerosin muß besteuert werden. Als langfristiges Ziel sollte der Verbrauch von fossilen Brennstoffen durch den Verkehr um 50% gesenkt werden. Dazu sollten Raum- und Siedlungsstrukturen bereits bei der Planung auf Vermeidung, bzw. Minimierung der Wege angelegt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern in den genannten Schwerpunktbereichen ein konsequentes Handeln zum Klimaschutz. Auf internationaler Ebene muß der erfolgreiche Abschluß der Protokoll-Verhandlungen beim dritten Klimagipfel in Kioto vorrangiges Ziel sein. Unabhängig von den Ergebnissen des Kioto Klimagipfels muß die Europäische Union ihr Klimaschutzziel von minus 7,5% CO₂ bis zum Jahr 2005 und minus 15% bis zum Jahr 2010 als Mindestanforderung realisieren. Sie muß einen detaillierten Maßnahmenkatalog zur Umsetzung vorstellen, der eine ökologische Steuerreform einschließt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine konsequente europäische Klimaschutzpolitik einzusetzen und auf nationaler Ebene Chancen zur klimafreundlichen Gestaltung der relevanten Politikbereiche zu nutzen.